

Sächsischer Landtag.

139. Sitzung vom 28. April 1925.

Aus der Registretranche geht hervor, daß der kommunistische Abgeordnete Wenzel sein Mandat niedergelegt hat und dafür der Abgeordnete Grombja in den Landtag eingetreten ist.

Abg. Schiffmann (D. Sp.) hat eine kurze Anfrage eingebracht, die sich gegen eine Ministerialverordnung vom 13. August 1924 wendet, mit der die

Unterbringung abgehauener Beamter und Angehöriger durch gewerbliche Unternehmer, die Staatsanträge erhalten, gefordert wird. Gegen den Erlass bestünden starke Bedenken, da Tausende von Privatangehörigen heute werklos und ohne bestimmten Einkommen seien.

Ministerialrat Schulze gibt zu der Anfrage folgende Regierungserklärung ab:

Die Verordnung über die Unterbringung abgehauener Beamter und Angehöriger sieht lediglich eine Einwirkung der Behörden auf Privatunternehmer, die durch Verteilung von Staatsanträgen oder bei Ermittlung von staatslichen Gebäuden oder Räumen Neueinstellungen vornehmen müssen, vor. In dem diese Verordnung ergänzenden Rundschreiben des Ministeriums des Inneren vom 22. Juli 1924 ist ausdrücklich hervorgehoben worden, daß ein Zwang auf die Privatunternehmer in dieser Beziehung nicht stattfinden darf. In Sachen wurde der Erlass der Verordnung seinerzeit durch den Zentralverband der Angehörigen ausdrücklich beantragt. Diefem Antrage glaubte die Regierung um so mehr stattgeben zu müssen, als der Landtag bei Verabschiedung des Personalabbaugesetzes die Regierung dringend ersucht hatte, für anderweitige Unterbringung der abgehauenen Beamten und Angehörigen auf jede Weise Sorge zu tun. Da auch jetzt noch mit dem Vorhandensein einer großen Zahl von beschäftigungslosen abgehauenen Beamten und Angehörigen, die nur mit einmaligen Entschädigungssummen oder einem geringen Ruhegehalt abgefunden worden sind und die zum größten Teil keinen Anspruch auf Erwerbslosenfürsorge haben, gerechnet werden muß, hält die Regierung die Aufrechterhaltung der Verordnung zurzeit noch für angebracht. Sie wird ihre Aufhebung veranlassen, sobald sich ergeben sollte, daß der größte Teil der abgehauenen Beamten und Angehörigen anderweitig Beschäftigung gefunden hat. Im übrigen ist von der Verordnung bisher nur vereinzelt Gebrauch gemacht worden.

Es folgt die erste Beratung der Vorlage betr. den Personen- und Besoldungsplan der Landes-Brandversicherungs-Anstalt auf das Jahr 1925.

Vizepräsident Dr. Eckardt (D.-N.) empfiehlt die Annahme der Vorlage, bringt aber noch verschiedene Wünsche vor. Wenn die Tätigkeit der Brandversicherungs-Anstalt in den letzten Jahren seinen allgemeinen Bestand gefunden habe, so liegt das nicht an den Beamten, sondern den überfüllten Geldverhältnissen.

Die Vorlage geht an den Haushaltsausschuß B und den Besoldungsausschuß.

Abg. Weitzel (D.-N.) begründet eine Anfrage, die sich mit der Neueinstellung früher geliehener Hypotheken bei der Durchführung der Aufwertung befaßt. Die Kosten, die für eine solche Eintragung gefordert werden (Gebühren und Stempel), seien außerordentlich hoch. Der Staat solle in der Aufwertungsfrage möglichst weit entgegenkommen. Der Redner tritt dann für eine schleunige Herabsetzung der Kosten ein.

Ministerialdirektor Ritsche erklärt überzu folgendes: Die Wiederherstellung geliehener Hypotheken, die zufolge eines nach § 11 der 2. Steuernotverordnung gemachten Vorbehalts an der Aufwertung teilnehmen, erfolgt in der Form einer Verichtigung des Grundbuchs. Dafür wird eine Gebühr nach Tarifstelle 49 des Sächsischen Gerichtsgebührensatzes erhoben. Sie beträgt je nach der Höhe des Wertes 1 bis 30 Rm. zusätzlich des Zuschlages von 25 Prozent. Eine Stempelsteuer, und zwar nach Tarifstelle 3 des Stempelsteuergesetzes, in Höhe von 1,50 Rm. kommt daneben nur in denjenigen Fällen in Ansatz, in denen zur Verichtigung die Bewilligung des Eigentümers erforderlich ist. Einer solchen Bewilligung bedarf es bei der Aufwertung nicht. Hier genügt der Antrag des Hypothekengläubigers, der der Stempelsteuerpflicht an sich nicht unterliegt. Etwas anders liegt die Sache, wenn es sich nicht um die Wiederherstellung einer geliehener Hypothek, sondern um die Eintragung des Aufwertungsbeitrages bei einer eingetragenen Hypothek handelt, sei es, daß die Hypothek noch von früher her eingetragen oder daß sie wiederhergestellt worden ist. Hier ist zu unterscheiden: Für die Eintragung des gesetzlichen Aufwertungsbeitrages bis zu 15 Prozent erwächst nur die Gebühr nach Tarifstelle 49, während eine Stempelgebühr aus den angeführten Gründen grundsätzlich nicht erhoben wird, weil die Eintragung nicht der Bewilligung bedarf. Ein Antrag bedürfen wird höchstens läme auch hier nur die Stempelgebühr von 1,50 Rm. in Frage. Wird dagegen eine Aufwertung über 15 Prozent hinaus eingetragen, dann liegt die Bestellung einer neuen Hypothek vor, und für den Mehrbetrag wird die Gebühr nach Tarifstelle 49c erhoben, die erst kürzlich wesentlich herabgesetzt worden ist (ein Fünftel der vollen Reichsgebühr). Dann wird der Stempel nach Tarifstelle 15 nur insoweit berechnet, als der gesetzliche Aufwertungsbeitrag überschritten wird. Die erwähnten Gebühren und Stempel halten sich demnach in mäßigen Grenzen. Zu einer weiteren Herabsetzung liegt kaum ein Anlaß vor. Noch weniger könnte die Regierung einen solchen Erlass in Aussicht stellen.

Auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung wird noch der Entwurf der ersten Verhandlung des Personalbesoldungsvereins gestellt.

Die Vorlage geht ohne Aussprache an den Besoldungsausschuß.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr.

Aus dem Reiche und aus den Weiten

Berlin.

Die Geheimnisse der Rembahn. Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte im Prozeß wegen Betruges und gewerbsmäßiger Vorauslage bei Weiten die Jockeys Paul Bewick zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis, Lüneburger und Bausch zu je 6 Monaten Gefängnis. Bewick erhielt unter gewissen Voraussetzungen eine dreijährige Bewährungsfrist zugestimmt.

Berlin.

Liebestragödie. In der Nacht zum Dienstag spielte sich in der Orstwalder Straße in Berlin eine Liebestragödie mit tödlichem Ausgange ab. Der 21 Jahre alte Eriessohn des dort wohnhaften Pferdehändlers Bogeler hatte mit der im gleichen Hause wohnhaften 24 jährigen Charlotte Janisch seit längerer Zeit ein Liebesverhältnis unterhalten. Als beide sich am Montagabend trafen, gab der Liebhaber auf das Mädchen einen Schuß ab, der ihr Gesicht streifte und die Nase schwer verletzte. Er selbst richtete die Schusswaffe dann gegen sich und verwundete sich so, daß der Tod sofort eintrat.

Berlin.

Die Schiffe im Wahllokal. Wie wir melkten, hat am Sonntag nachmittag der Kandidat Oskar Paube in einem Wahllokal in der Potsdamer Straße sechs Revolver-Schüsse auf den Fabrikanten James Wachtel und seine Gattin abgegeben. Wachtel ist nunmehr in dem Elisabethkrankenhaus seinen Verletzungen erliegen. Frau Wachtel liegt immer noch in bedenklichem Zustande darnieder.

Hamburg.

Umfangreicher Heidebrand. Von dem sogenannten Königsmoor bei Harburg sind 1000 Morgen Heide abgebrannt. Die Entstehungsurache ist noch nicht aufgeklärt. Der größte Teil dieser Heide gehörte zum Gute des Grafen von Bothmer, Ravensbrück.

Ud (Ostpr.).

Die eigene Frau ermordet. Am Sonnabend, den 28. März, fand man in dem etwa vier Kilometer von Ud entfernten Dallwitz-Waldchen, an dem sich das städtische Wasserwerk befindet, die 40 Jahre alte Frau des Maschinenisten des Uder Wasserwerks ermordet auf. Jetzt hat der verhaftete Maschinenist Wilhelm Gustke, in die Enge getrieben, eingestanden, daß er seine Frau, um den fortwährenden Vorwürfen ihrerseits zu entgehen, selber getötet hat.

München.

Ein Straßenbahnwagen ausgebrannt. In der Ludwigstraße ist am Montagabend infolge Kurzschlusses ein Straßenbahnwagen vollständig ausgebrannt. Von den Passagieren wurde ein Kind verletzt.

Wien.

Explosion in einer Lackfabrik. In der Lackfabrik der Firma Marx in Mährisch erigte sich eine Explosion, wobei drei Arbeiter schwer verletzt wurden. Ein Teil der Fabrikgebäude brannte nieder.

Stettin.

Schweres Bauunglück in einem Aufzugslokal. Auf dem Grundstück des bekannten Aufzugslokals Johannesthal ereignete sich ein schweres Bauunglück. Im Garten wird ein neuer Mastipavillon errichtet, der so weit fertiggestellt war, daß das Richtfest stattfinden sollte. Der Arbeiter wollte gerade mit der Ansprache beginnen, als plötzlich das Gerüst zusammenbrach und die Leute unter sich begrub. Sechs Schwerverletzte wurden nach dem Krankenhaus gebracht. Einige Verletzte konnten nach Anlegung von Rotverbänden ihre Wohnung aufsuchen. Wie die Untersuchung ergab, ist der Unfall darauf zurückzuführen, daß zuviel Personen auf die unfertige Konstruk-

tion gesteuert waren, die infolge zu schwerer Belastung zusammenstürzte.

Mährisch-Ostrau.

Großer Kassenbruch. In der Bezirkskrankenkafe zu Odersdorf wurde von hiesiger unbekannter Täter eine eiserne Kasse aufgebrochen. Den Einbrechern fielen Wertpapiere im Betrage von 200 000 Tschechokronen, ein Einlagsbuch lautend auf 600 000 Kronen und 50 000 Kronen Bargeld in die Hände.

Prag.

Selbstmordversuch eines Diplomaten. Der holländische Konsul in Prag Franz Jansse wollte sich von seiner in Holland lebenden Frau scheiden lassen, da er in Prag die Tochter eines Versicherungsbeamten heiraten wollte. Da seine Frau zur Scheidung die Einwilligung verweigerte, schloß sich der Konsul im Hause seiner Geliebten eine Kugel in den Kopf und verletzte sich lebensgefährlich.

Prag.

Das Spartakusbuch in der Mafakatur. Der Fleischermelster Wenzel Jula in Holešowitz kaufte mehrere Kilo Mafakaturpapier, das er zum Einpacken verwendete. Zwischen dem Papier fand er ein Spartakusbuch, lautend auf 11 032 Tschechokronen. Da das Buch nicht auf einen Namen lautet, kennt man dessen rechtmäßigen Besitzer nicht.

Stockholm.

Massenvergiftung mit Zyanwasserstoff. In den städtischen Notwohnungen in Ulfunda bei Stockholm, die in den letzten Tagen vor dem Neubeginn durch obdachlose Familien mit Zyanwasserstoff desinfiziert worden waren, sind 20 Personen unter schweren Vergiftungserscheinungen erkrankt, die auf Atherischkeitsung der strengen Vorschriften für die Desinfizierung zurückzuführen sind. Ein 18 Monate altes Kind ist bereits gestorben, mehrere andere Kinder schwächen in Lebensgefahr. Wie die Mittagszeitung Östen, die die Desinfektion vorgenommen hat, mitteilt, hat sie alle Vorsichtsmaßnahmen bei der Desinfektion der Wohnräume beachtet; das Unglück könne nur darauf zurückzuführen sein, daß die betreffenden Familien die desinfizierten Räume zu früh in Gebrauch genommen haben. Es ist das bereits der zweite Fall in Stockholm, in dem nach der Desinfektion von Wohnräumen mit Zyanwasserstoff Vergiftungen mit Todesfolge eintraten.

Mailand.

Unwetter in Oberitalien. Aus Oberitalien werden verschiedene Schäden durch das Unwetter der letzten Tage gemeldet. Bei Verona ist am Montag ein schweres Wetter mit Hagelschlag niedergegangen. Bei Albino haben die Wildbäche viele Verkehrsströme verurteilt. Die Straße von Tolmeina ist unterbrochen und in der Nähe davon eine Galerie infolge einer Lavine eingestürzt. In einem Bergdorf ist die Kirche eingestürzt und hat zwei Häuser von Kleinbauern in Trümmer gelegt. Mehrere andere Häuser sind durch die Regengüsse beschädigt worden und drohen ebenfalls einzustürzen. Bei Ancona hat Montag nachmittag ein heftiger Wolkenbruch mit Hagelschlag schweren Schaden angerichtet. Ueberall ist die Temperatur bedeutend gefallen. Der Appennin bei Vistozza ist tief verschneit.

Neapel.

Die Koche des Berschmüthen. Eine seltsame Eiferkassstragödie trug sich in Stuliano zu. Dort wurde die achtzehnjährige hübsche Gräfin Bianchi von einem gleichaltrigen Bauernsohn überfallen und ihr Gesicht mit mehreren Messerschlägen zerkratzt. Es handelt sich um die Venetia des jungen Mannes, der die Gräfin mit Liebesanträgen verfolgte und abgewiesen wurde. Die Gräfin ist zeitweilig verunstaltet.

derverwendung vorgemerkt worden. Auf den Etat eines Ministeriums übergehend, erklärte der Redner, daß

das Rechnungsjahr 1924 mit etwa 29 Millionen Ueberschuß abschließt,

der zur Rücklage fließt. Der Vorkurs für 1925 schließt an Einnahmen und Ausgaben mit 1742 Millionen Reichsmark ab. Im Vergleich zu 1924 sei die Finanzlage der Post 1925 etwas gespannter, weil die Gebührenermäßigungen und Befoldungserhöhungen sich auswirken. Die Postkassette werde einen Reingewinn von 2,7 Millionen Mark ab. Ziel der Tarifpolitik sei, die Gebühren so niedrig zu halten, wie es die Wirtschaftlichkeitsgründe zulassen. Die Post wolle die Wege eben für eine allgemeine Verabreichung der Produktionskosten und somit der Preise. Leider sei bisher eine Senkung des allgemeinen Preisniveaus kaum zu erkennen.

Eine weitere Ermäßigung der Postgebühren sei für absehbare Zeit ausgeschlossen.

weil die Ausgaben stärker stiegen und die Aufgaben der Post erweitert worden seien. Eine Theaurierungspolitik lehne er ab. Das Postfinanzgesetz habe sich in jeder Beziehung bewährt. Die Reichspost ruht auf gesunder Grundlage und ist bestrebt, ihre Aufgabe als öffentlichen Nachrichten- und Verkehrsinstitut zu erfüllen mit dem Hauptziel: Verbesserung und Beschleunigung des Betriebes.

Abg. Seppel (So.) fordert, daß die Reklame aus dem Rundfunk verschwinde, ebenso von den Posttagen. Redner warnt belohners vor dem sogenannten „Vorgelegtenfimmel“.

Abg. Körner (D.-N.) begrüßt die erhellende Tatsache, daß endlich wieder ein Fachmann an der Spitze der Postverwaltung stehe. Mit der Reichspost gehe es wieder vorwärts. Der Redner bepricht dann Wirtschaftlichkeits- und Verkehrsfragen und fordert eine Verbesserung der Postbestellung auf dem Lande. Die Entwiklung des Rundfunks sei zu begrüßen. Zur Reklame solle man die Einrichtung nicht benutzen. Schlechte Witze und allerlei Humbug sollten durch den Rundfunk nicht verbreitet werden. Der Minister werde hoffentlich immer in einem harmonischen Verhältnis zu seinen Beamten stehen. Bei den Lieferungen für die Reichspost müsse das Handwerk mehr berücksichtigt werden, damit ein selbständiger Mittelstand erhalten bleibe.

Abg. Alletotte (Zentr.) bringt Beschwerden der Beamtenschaft über die Befoldungs- und Beförderungsverhältnisse vor. — Abg. Morath (D. Sp.) erkennt an, daß das Postfinanzgesetz sich durchaus bewährt habe. Wünschenswert wäre eine bessere Vertretung des Reichstages in dem Verwaltungsrat. Der Redner wendet sich gegen jede Verschlechterung der Sonntagsbestellung. Die Postwagen und Briefkästen sollten durch geschicktere Reklame nicht verschandelt werden. Der Redner dankt dem Minister für seine Bemühungen, ein dienstfreudiges Personal zu erhalten. Die Post müsse zum Nutzen der gesamten deutschen Wirtschaft arbeiten. — Abg. Raschig (Dem.) tritt für baldige Einführung des Rundfunks im besetzten Gebiete ein. Der deutsche Fernsprechart sei noch drei- bis sechsmal höher als vor dem Kriege. Das sei ein unmöglicher Zustand.

Darauf wird die Beratung abgebrochen und das Haus vertagt sich auf Mittwoch 2 Uhr.

Kultusminister a. D. Hänisch †

Kultusminister a. D. Dr. Hänisch, seit 1923 Regierungspräsident des Regierungsbezirks Wiesbaden, ist gestern morgen an den Folgen einer Venenentzündung im Alter von 49 Jahren gestorben.

Konrad Hänisch wurde 1876 in Oestrich geboren. Er wandte sich schon als Schüler der Politik zu; wegen sozialistischer Agitation wurde er als Unterprimar vom Gymnasium seiner Vaterstadt verwiesen. Nachdem er als Buchhandlungsgehilfe in Leipzig tätig gewesen war, hielt er dort Vorlesungen über Geschichte und Nationalökonomie. Seit 1893 war er Schriftleiter an sozialdemokratischen Blättern, um sich 1911 als Schriftsteller in Stuttgart niederzulassen. Der Wahlkreis 4 (Wiesbaden II) fandte ihn 1913 ins Abgeordnetenhaus. Die Revolution machte ihn neben Adolf Hoffmann zum preussischen Kultusminister, welches Amt er nach dem Ausschcheiden Hoffmanns allein verwaltete. Hänisch brachte u. a. das Grundschulgesetz durch, das die Elementarklassen der höheren Lehranstalten aufhob. Nach seinem Ausscheiden als Kultusminister übernahm er das Regierungspräsidentium in Wiesbaden.

Die neuen Fahrpreise bei der Bahn

Die zehnprozentige Erhöhung der Reichsbahnfahrpreise wird, wie verkündet, durch folgende Veränderung der Kilometerpreise vollzogen werden: Die Gebühr pro Kilometer in der 4. Klasse wird 3,3 Pf., in der 3. Klasse 5 Pf., in der 2. Klasse 7,5 Pf. und in der 1. Klasse 10,5 Pf. betragen.

Vorausichtliche Witterung

Zunächst noch unbeständig, vereinzelt Regenauer bei zeitweise lebhafteren nordwestlichen Winden, nachts kühl, im weiteren Verlaufe Besserung der Witterung. Wechselnde Bewölkung, tagsüber mild, schwache bis mäßige Winde aus westlichen Richtungen bis mäßige Winde aus westlichen Richtungen.

Der Reichspostetat

Deutscher Reichstag

Sitzung am 28. April 1925.

Präsident Lohde gedachte bei Eröffnung der Sitzung des Ablebens des Abg. Gerkenberger von der Banrlichen Volkspartei, der ununterbrochen seit 30 Jahren dem Reichstag angehört hatte. Er teilte dann mit, daß er die Teilnahme des Reichstages den Angehörigen des früheren Vizepräsidenten Dr. Baalke ausgesprochen habe, der fern von der Heimat in Amerika seinen Tod gefunden hat, ebenso auch der Witwe des Abg. Höfle; desgleichen habe er zum Ableben des früheren Parlamentsarbeits Böm I von der ehemaligen Fortschrittlichen Volkspartei die Teilnahme ausgesprochen, ferner auch dem Präsidenten der bulgarischen Sozialdemokratie des Bombenattentats in Sofia.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragten die Kommunisten die Besprechung ihrer Interpellation über das Urteil im Leipziger Tschelaprospekt. Der Präsident stellte aber fest, daß die Besprechung der kommunistischen Interpellation heute geschäftsordnungsgemäß unmöglich sei. — Das Haus setzt dann die zweite Lesung des Reichshaushalts fort, und zwar beim

Reichspostministerium.

Reichspostminister Stingl gab einen Ueberblick über die Tätigkeit seiner

Verwaltung. Der Kraftwagenverkehr bei der Post habe sich durchaus bewährt. Der Postschiffverkehr habe sich der Vorkriegszeit gegenüber verdoppelt und auch der Fernsprekverkehr befände sich in erfreulicher Aufwärtsentwicklung. Der Briefverkehr habe allerdings den Stand von 1913 noch nicht erreicht. Der Paketverkehr sei dagegen wieder auf den alten Höhepunkt gelangt. Eingegangene Postanstalten würden, wo Bedürfnis besteht, wieder eröffnet werden. Der Minister verwies dann auf die günstige Entwicklung des Postverkehrs in Deutschland. Eine völlige Neuordnung des Rundfunks sei im Gange. Es sollen Maßnahmen getroffen werden, um den politischen oder wirtschaftlichen Mißbrauch des Rundfunks zu verhindern. Es ist Aufgabe der politischen Instanzen, dafür Sorge zu tragen, daß er ebenso wie in anderen Ländern in neutraler Weise gehandhabt werden kann. Der Postverkehr mit dem Ausland sei im allmählichen Wiederaufbau begriffen.

Der Minister wandte sich dann der Personalpolitik zu und erklärte, daß er für sein Personal erstrebe: Eine ausreichende Besoldung, ertägliche Beförderungsverhältnisse, günstige dienstliche Arbeitsbedingungen und eine möglichst ausgedehnte soziale Fürsorge. Der Personalabbau sei eine recht schmerzliche Aufgabe und eine gewisse Zahl der Abgehauenen sei zu einer dauernden Wie-